

21/87

Helmut Kohl:

Wir müssen unser Profil als Volkspartei der Mitte deutlich schärfen

Unter Vorsitz des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, traf sich der Bundesvorstand der Partei, die Vorsitzenden der Landesparteien sowie der Vereinigungen zu einer ganztägigen Sitzung am Donnerstag, 18. Juni 1987, im neuen CDA-Zentrum in Königswinter. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen aktuelle Themen der Tagespolitik und Grundsatzfragen christlich-demokratischer Politik sowie eine eingehende Wahlanalyse der Bundestagswahl 1987 (näheres im gelben Teil dieser Ausgabe).

Auf einer Pressekonferenz im Bonner Konrad-Adenauer-Haus zog Helmut Kohl eine Bilanz dieser Sitzung und führte u.a. aus: Es war ein wichtiges, aber kein überraschendes Ergebnis der Diskussion, das für uns, für die CDU Deutschlands in der Gesamtpolitik die Sicherung von Frieden und Freiheit die absolute Priorität hat. Wir sind auch der Auffassung, daß diese Aufgabe nicht von wichtigen innenpolitischen Fragen überlagert werden darf. Eine verlässliche Außen- und Sicherheitspolitik ist die Voraussetzung für all das, was wir auch innenpolitisch gestalten können und gestalten wollen. Wir haben einen wesentlichen Beitrag zu einer positiven Ent-

HEUTE AKTUELL

- WIRTSCHAFT
Konjunktur faßt wieder Tritt.
Seite 5
- SOZIALPOLITIK
Mehr Beihilfen für arbeitslose Stahlarbeiter/längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld.
Seite 7
- MITTELSTAND
Bericht vom 32. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung in Kiel. Seite 11
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Vorstellung der neuen Zeitung „CDU extra“ und eines Plakates zum Schulanfang
Seiten 15/16
- DOKUMENTATION
Berlin — Ein Symbol der Freiheit. Redetexte von Ronald Reagan, Helmut Kohl und Eberhard Diepgen (grün).

Die Wahlanalyse und ihre Folgerungen für die politische Arbeit der CDU in den nächsten Jahren (gelber Teil).

wicklung des West-Ost-Verhältnisses geleistet. Diese Entwicklung bietet heute die Chance, daß wir im Blick auf unser großes Ziel, Frieden schaffen mit weniger Waffen, vorankommen können.

Die Aussichten für ein Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow im Herbst dieses Jahres sind gut und es besteht im Zusammenhang damit auch eine reale Chance zu einem Vertrag über die Beseitigung von Mittelstreckenraketen zu kommen. Mit einem solchen Abrüstungsvertrag würde die Union eines ihrer wichtigsten Ziele erreichen.

Eine wesentliche Voraussetzung, um dieses Ziel zu erreichen, war und ist die Standfestigkeit unserer Partei und der von uns mitgetragenen Bundesregierung in Fragen, die die Sicherheit des Landes betreffen. Die NATO-Tagung in Reykjavik hat gezeigt, daß diese klare und entschiedene Haltung Früchte trägt und daß sie von unseren Partnern unterstützt wird. Wir sind der Auffassung, daß der Abrüstungsprozeß über den Bereich atomarer Mittelstreckenwaffen hinaus auch im Bereich der konventionellen Rüstung und der C-Waffen fortgesetzt werden muß. Wir werden als Partei, als Christlich-Demokratische-Union, immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig die Einhaltung der Menschen- und der Freiheitsrechte für den Frieden in der Welt ist. Was Präsident Reagan dazu auch und vor allem an Generalsekretär Gorbatschow in Berlin gerichtet und gesagt hat, findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Die Atlantische Partnerschaft ist für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland existenziell und sie muß durch die verstärkte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik ergänzt werden. Gerade die Zusammenarbeit und die Kooperation mit Frankreich bietet hierzu eine gute Entwicklungsmöglich-

keit. Die Zusammenarbeit mit Frankreich ist für mich auch ein Kernstück der politischen Integration Europas. Für uns als Christdemokraten bleibt die politische Integration das erste Ziel der Europapolitik und sie darf nicht an den Problemen scheitern, die notwendigerweise die Erweiterung der Gemeinschaft mit sich bringt.

Wir haben uns ausführlich mit dem gesamten Spektrum der Innen- und Wirtschaftspolitik befaßt. Die Bundesrepublik, das konnte ich gerade jetzt wieder in Venedig beobachten, kann sich mit ihren wirtschaftspolitischen Erfolgen sehr gut auch international sehen lassen.

Zeitplan der Steuerreform wird eingehalten

Ich habe in Venedig unseren Partnern die vorgesehene Steuerreform eingehend erläutert und ich wiederhole auch hier: **die Steuerreform wird so verwirklicht, wie sie nach der Bundestagswahl von der Koalition vereinbart wurde.** Wir haben dafür im Frühjahr nach Abschluß der Koalitionsvereinbarungen im Bundesvorstand der CDU einen Zeitplan verabredet, den wir selbstverständlich mit unseren Partnern abgesprochen haben und den wir einhalten werden.

Einen sehr breiten Raum, nahm die Analyse der Wahlergebnisse dieses Jahres ein, vor allem ging es dabei um die Bundestagswahl im Januar aber auch um Landtagswahlen. Der Generalsekretär hat dazu eine ausführliche Analyse vorgeragen. **Für eine große Volkspartei ist es wichtig, gerade wenn sie Regierungspartei ist, den eigenen Standort immer wieder zu überprüfen, dabei geben natürlich Wahlergebnisse wichtige Hinweise.** Für uns als CDU geht es immer auch darum, auch in der Regierungsverantwortung, unser Profil als Volkspartei der Mitte immer neu zu schärfen. Für mich als Parteivorsitzender

ist es wichtig, daß die Partei auch in der Regierungsverantwortung die eigenen Konturen deutlich macht.

Die politische Mitte weiter ausbauen

In einer Zeit beschleunigten gesellschaftlichen Wandels bedeutet Regierungsverantwortung immer auch Auftrag für Zukunftsgestaltung. Fundament und Maßstab für unser Handeln als Christliche Demokraten ist dabei das christliche Menschenbild. Dies wollen und müssen wir noch stärker verdeutlichen. Im Programm, Personen und Stil der Politik muß die CDU immer wieder bestrebt sein, ihre Mehrheitsfähigkeit in der politischen Mitte weiter auszubauen.

Die Wahlerfolge unserer Partei bringen es mit sich, daß wir in der Mehrheit der Gemeinden, der Länder und im Bund politische Verantwortung tragen. Um so wichtiger ist es, daß die einzelnen Mandatsträger der Union auf allen Ebenen der Versuchung der Macht nicht zu erliegen, sondern daß wir alle uns stets bewußt bleiben, daß wir vom Wähler ein Mandat auf Zeit erhalten haben. Das heißt, wir müssen fähig sein zur Offenheit und Sensibilität, müssen standfest in unseren Grundsätzen sein und nachdenklich und offen gegenüber den Problemen, die auf uns zukommen. Das heißt, und ich habe dies auch ausdrücklich gesagt, daß wir im Umgang miteinander Solidarität üben müssen und daß die Profilierungen von einzelnen auf Kosten des Ganzen nicht sein kann.

Neue Kommissionen gebildet

Die Grundsatzdiskussion im Parteivorstand war ein wichtiger Auftakt für weitere Diskussionen. Die langen Diskussionen, wir hatten über 30 Diskussionsredner, werden jetzt im Konrad-Adenauer-Haus ausgewertet und ausgearbeitet und daraus sollen dann entsprechende Anre-

gungen für die Parteiarbeit entwickelt werden. Wir werden beispielsweise eine Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“ aufgrund der Erfahrung der letzten Monate in der Bundesrepublik Deutschland einsetzen. Wir werden die vorhandenen Leitlinien für die Kandidatenauswahl auf den Ebenen der Gemeinden, der Kreis- und der Landesverbände, natürlich gilt dies auch für die Bundespartei, noch einmal betrachten, erarbeiten und überprüfen.

Wir haben eine Kommission zur Überprüfung der Organisationsstruktur der Partei eingesetzt. Diese Kommissionen werden bis Frühjahr des kommenden Jahres ihre Arbeit abschließen. Wir wollen dann auf dem Bundesparteitag 1988 einen Tag der Arbeit der Partei widmen, d.h., die inneren Strukturen der Partei miteinander diskutieren. Der nächste Parteitag, das ist der Parteitag 1987, wird angesichts der schwierigen Kassenlage der Partei nur eintägig sein. **Dieser Parteitag wird am 9. November in Bonn in der Beethovenhalle stattfinden. Dort werden gemäß der Satzung die Führungsgremien neu gewählt.**

1,7 Millionen Besucher aus der DDR

Fast 1,7 Millionen DDR-Bürger sind 1986 in die Bundesrepublik gereist, das waren 21 Prozent mehr als 1985. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete, war die Zahl der Bundesbürger, die in die DDR reisten, mit rund 2,6 Millionen leicht rückläufig. Die weitaus meisten DDR-Besucher — 75 Prozent — kamen mit der Bahn.

Zitat

Das einzige, was wir uneingeschränkt verbrauchen können, ist die menschliche Intelligenz.

(Heinz Riesenhuber,
Bundesforschungsminister)

Nach dem Weltwirtschaftsgipfel von Venedig:

Gemeinsame Anstrengungen zahlen sich aus

Die Regierungschefs der sieben wichtigsten Industrienationen der Welt haben in Venedig eine weitere enge Zusammenarbeit beschlossen, um Wachstum und Beschäftigung in Gang zu halten. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland, die von Bundeskanzler Kohl und Finanzminister Stoltenberg angeführt wurde, hat dabei den deutschen Beitrag zur Förderung der weltweiten Konjunktur verdeutlicht.

Deutschland hat die Louvre-Vereinbarung vom 22. Januar 1987 im Verlauf der letzten Monate in vollem Umfang erfüllt.

Durch die Anreicherung der für 1988 beschlossenen Steuersenkung um 5,2 Milliarden DM, die Durchführung der großen Steuerreform 1990 und die wachstumsorientierte Geldpolitik der Bundesbank hat die Bundesrepublik ein kräftiges Signal für mehr Wachstum und Beschäftigung gesetzt.

Der Bundesregierung wurde in Venedig auch ausdrücklich bestätigt, daß sie ihren bisher eingegangenen Verpflichtungen vorbildlich nachgekommen ist.

Damit sind die düsteren Prophezeiungen der SPD im Vorfeld des Wirtschaftsgipfels, die Deutschen würden in Venedig auf der Anklagebank sitzen, eindrucksvoll widerlegt worden.

Ein zentraler Punkt in der „Wirtschaftserklärung von Venedig“ ist die verstärkte Zusammenarbeit der sieben Staaten in der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Die Staats- und Regierungschefs haben die jüngsten Absprachen über die Wechselkurse noch einmal ausdrücklich bestätigt. Die Bemühungen, die Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen ungefähr auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten, werden damit fortgesetzt.

Damit haben sich die Chancen vergrößert, daß die D-Mark gegenüber dem Dollar nicht noch weiter steigt, der deutsche Export in den Dollar-Raum also nicht noch schwieriger wird.

Die Gefahren, die dem Wachstum der deutschen Wirtschaft und der Beschäftigungslage von außen her drohen, sind damit wieder geringer geworden und die Wahrscheinlichkeit, daß sich der Export im 2. Halbjahr erholt, ist gestiegen.

Dafür sprechen auch die Ergebnisse der neuesten Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), nach denen die Wirtschaft für 1987 insgesamt nicht mit einem Einbruch bei den Ausfuhren rechnet. Das Volumen der Exporte, so die Umfragen, wird 1987 etwa so groß sein wie 1986.

Zu den ungelösten Wirtschaftsproblemen gehören nach wie vor die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die Arbeitslosigkeit und die hohen staatlichen Defizite.

Diese können aber — so die „Botschaft von Venedig“ — durch eine solide und zugleich solidarische Wirtschaftspolitik der sieben wichtigsten Industrieländer gelöst werden.

Prognos: „Konjunktur faßt wieder Tritt“

Günstige Aussichten sagt der neueste Economic Outlook des renommierten Baseler Wirtschaftsforschungsinstituts Prognos für die Bundesrepublik Deutschland voraus. „Die Bedingungen für eine anhaltende Ausweitung der Binnennachfrage bleiben günstig.“

Den leichten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten im ersten Quartal 1987 sieht das Institut nicht als Beginn einer Rezession, sondern als Folge des fortwährenden Kursanstiegs der D-Mark gegenüber dem Dollar und der damit verbundenen abwartenden Haltung vieler Unternehmen. Zusätzliche Belastungen seien durch die ungeklärte Lage in der Lohnrunde entstanden.

Prognos: „In den Tarifverhandlungen ist Kompromißbereitschaft sichtbar geworden, und vom Wechselkurs her hat sich der Wettbewerbsdruck in letzter Zeit nicht mehr verschärft.

Ein nachhaltiger Einbruch der Exporte ist nicht vorgezeichnet, zumal die Märkte in wichtigen Abnehmerländern wachsen. Im übrigen hat die höhere Bewertung der D-Mark nicht nur Nachteile. Den Verbrauchern kommt sie bei der Kaufkraft zugute, den Unternehmen bei den Kosten, und beide zusammen profitieren außerdem bei den Zinsen, wenn sie Ausgaben mit Kredit finanzieren.“

Für das laufende Jahr sagt Prognos ein Wirtschaftswachstum von knapp 2 % voraus, 1988 wird wieder mit 2,5 % gerechnet.

Gestützt wird diese Erwartung auf die wieder ansteigende Industrieproduktion, besonders im Verbrauchsgütergewerbe und in der Bauindustrie.

„Der private Verbrauch wird zwar nicht mehr ganz so stark expandieren wie bisher, bei niedrigen Preissteigerungen und niedri-

gen Zinsen sowie neuen Steuerenkungen im nächsten Jahr die Konjunktur aber weiterhin stützen.“

Das Zinsniveau wird weiterhin niedrig bleiben, ebenso die Preise, die im Jahresverlauf allenfalls um 1 % über denen vom Vorjahr liegen werden.

Auch für den Arbeitsmarkt ergeben sich günstige Konstellationen.

„Die Zahl der Beschäftigten dürfte in den kommenden Monaten wieder stärker steigen.“

In diesem Jahr wird laut Prognos ein Zuwachs von rund 150 000 Erwerbstätigten zu vermelden sein, 1988 werden vermutlich sogar 250 000 Personen einen neuen Arbeitsplatz finden. „Da die Jahrgangsstärken der nachrückenden Jugendlichen inzwischen abnehmen, wird der ins Stocken geratene Abbau der Arbeitslosigkeit 1988 wieder deutlicher vorankommen.“

Alles in allem stellt das Prognos-Institut der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gute Noten aus.

Schulbücher „politisch einseitig“

Der Deutsche Elternverein hat auf einer Pressekonferenz scharfe Kritik an politisch einseitigen Darstellungen in Schulbüchern geübt. Eine Forschungsgruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung bezeichnete als Ergebnis einer Untersuchung dreißig von ihr begutachtete Unterrichtswerke als „inhaltlich problematisch“. Fünfzehn zeigten sogar ein deutlich mangelhaftes Verständnis vom freiheitlichen Verfassungsstaat. Nur vierzehn der untersuchten Unterrichtsmaterialien waren nach Ansicht der Wissenschaftler „liberal-pluralistisch“ ausgerichtet.

Deutscher Industrie- und Handelstag:

Exporte steigen auch 1987

„Trotz des deutlich ungünstiger gewordenen außenwirtschaftlichen Umfeldes erweist sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auch 1987 als bemerkenswert gut. Die deutsche Einfuhr wird 1987 der Menge nach erneut ansteigen.“ Zu diesen Ergebnissen kommt die neueste Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei den deutschen Außenhandelskammern unter dem Thema „Außenhandel und Wettbewerbsfähigkeit 1987“.

Trotz der gravierenden Wechselkursverschiebungen stellen sich die deutschen Exportaussichten für 1987 nach Einschätzung der Außenhandelskammern als erstaunlich stabil heraus. Einbußen beim Export aufgrund nachlassender Welthandelsdynamik gehen offensichtlich eher zu Lasten ausländischer als zu Lasten deutscher Wettbewerber. Hohe Produktqualität und technischer Standard erlauben es der Mehrzahl der exportierenden Unternehmen, im Ausland aufgebaute Marktpositionen zu sichern.

Besonders betont wird in der DIHT-Umfrage die gute Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft. „Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit hat 1986 deutliche Verbesserungen erfahren. Diese Verbesserungen zeigen sich in spürbaren Gewinnen von Marktanteilen auf den Auslandsmärkten.“ Bemerkenswert: Der deutsche Anteil am Welthandel hat inzwischen in etwa wieder das Niveau erreicht, das er 1973 besaß, beim Ende des Wechselkursystems von Bretton Woods und beim Ausbruch der ersten Ölkrise.

In erster Linie konnten im letzten Jahr die Exporte in die Länder Westeuropas

gesteigert werden. Gerade diese Erfolge zeigen, wie entscheidend hohe Produktqualität, genaue Marktkenntnis, guter Kundendienst und Lieferpünktlichkeit sind. „Mit einem passenden Produktangebot lassen sich — verbunden mit hoher Preisstabilität zu Hause und der Bereitschaft, aus mittelfristigen Überlegungen zumindest zeitweise Gewinneinbußen oder sogar Verluste hinzunehmen — preisliche Schwierigkeiten oft überwinden.“

Dies bedeutet nichts anderes, als daß Unternehmen bereit sind zeitweise Einbußen bei den Erträgen zu akzeptieren, um ihre Marktposition zu halten. Daher ist für 1987 kein Rückgang der deutschen Exporte in Sicht.

Diese Ansicht wird auch durch eine Analyse der Struktur der deutschen Exporte untermauert. Nach der DIHT-Ubersuchung wird das Schwergewicht der deutschen Ausfuhren auch 1987 bei den Investitionsgütern liegen und nach Einschätzung der Außenhandelskammern weiter zunehmen. Hier liegt der Straßenfahrzeugbau einsam an erster Stelle, gefolgt vom Maschinenbau und der elektronischen Industrie.

Insgesamt ist festzustellen: Das deutsche Ausfuhrvolumen wird 1987 etwa so hoch sein wie 1986. Einen Einbruch wird es nicht geben.

Zitat

„...jede Entscheidung, die mit Massenentlassung verbunden ist, ist für mich völlig unerträglich.“

(Bundesarbeitsminister Norbert Blüm
im Interview mit „Die Welt“ vom 23. 7. 1987
zur Stahlkrise)

Längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld Mehr Beihilfen für arbeitslose Stahlarbeiter

Der Bundestag hat am 5. Juni 1987 das Gesetz zur Verlängerung des Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit verabschiedet. Hierdurch wird die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung durch zwei Verbesserungen gestärkt, die zum 1. Juli 1987 in Kraft treten sollen:

1. Das Verhältnis der Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigungszeit innerhalb der letzten 7 Jahre zur Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld wird von bisher 3:1 auf 2:1 herabgesetzt. Das bedeutet zum Beispiel:

■ Nach Erfüllung der „Mindestbeschäftigung“ (Anwartschaftszeit) von 12 Monaten beträgt der Anspruch auf Arbeitslosengeld statt bisher 4 Monate zukünftig 6 Monate.

■ Nach geltendem Recht setzt der Anspruch auf Arbeitslosengeld für die Dauer von 12 Monaten eine beitragspflichtige Beschäftigungszeit von 36 Monaten voraus. Zukünftig soll einem Arbeitslosen dieser Anspruch bereits nach einer beitragspflichtigen Beschäftigung von 24 Monaten zustehen.

Dies kommt besonders auch jüngeren Arbeitnehmern zugute, wenn sie bereits nach kurzer Berufstätigkeit arbeitslos werden.

2. Für Arbeitslose, die das 42. Lebensjahr vollendet haben, wird die Höchstbezugsdauer nach Lebensalter und Dauer der beitragspflichtigen Beschäftigung innerhalb der letzten 7 Jahre gestaffelt verlängert. Die Höchstanspruchsdauer wird verlängert für Arbeitslose, die

■ 42 Jahre alt sind,
von 12 Monaten auf 18 Monate,

- 44 Jahre alt sind,
von 16 Monaten auf 22 Monate,
- 49 Jahre alt sind,
von 20 Monaten auf 26 Monate,
- 54 Jahre alt sind,
von 24 Monaten auf 32 Monate.

Außerdem wird die Kurzarbeitergeld-Bezugsfrist für Betriebe der Stahlindustrie für die Jahre 1987 bis 1989 auf bis zu 36 Monate verlängert. Diese Betriebe unterliegen Produktionseinschränkungen nach dem Montanunionsvertrag und können deshalb nicht voll arbeiten.

Zur 2. und 3. Lesung des o. a. Gesetzes im Bundestag am 5. Juni 1987 erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm u. a.: Arbeitslosen ist am besten geholfen mit einem Arbeitsplatz. Dennoch vergessen wir darüber nicht die Situation derer, die arbeitslos sind und die bei der Suche nach einem Arbeitsplatz noch keinen Erfolg hatten.

Die Arbeitsmarktpolitik hilft beiden: Sie hilft mit ihren Instrumenten Arbeitslosen und Arbeitsuchenden, wieder Arbeit zu finden. 12,5 Mrd. DM stehen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit 1987 dazu zur Verfügung. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist erfolgreich. Beispiel Qualifizierungsoffensive: Allein 530 000 Menschen sind 1986 in Maßnahmen der beruflichen Bildung eingetreten, rund 30 Prozent mehr als 1985. 1987 werden die Zahlen noch einmal steigen. Rund 70 Prozent der Teilnehmer sind spätestens ein halbes Jahr nach Abschluß der Maßnahme wieder in Arbeit. Das Gesetz, das heute abschließend beraten wird, verstärkt den sozialen Schutz bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Wir konzentrieren diese Verbesserungen auf die Altersgruppen ab dem 42. Lebensjahr, weil

jüngere Arbeitslose in wesentlich stärkerem Maße vom Einsatz der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik profitieren und

in aller Regel die mittleren und älteren Jahrgänge durch langjährige Beitragszahlung länger mit der Solidargemeinschaft der Arbeitslosenversicherung verbunden sind. Außerdem sind Ältere im Durchschnitt länger arbeitslos als Jüngere.

Die Verbesserungen sollen sofort greifen. Sie kommen nicht nur denjenigen zugute, die zukünftig arbeitslos werden. Sie verbessern auch die Situation derer, die bereits arbeitslos sind und deren Anspruch auf Arbeitslosengeld noch nicht ausgeschöpft ist.

Das Gesetz hilft 3. Arbeitnehmern und Unternehmen der Stahlindustrie. Die vorgesehene Verlängerung der Bezugsdauer für Kurzarbeitergeld der Stahlindustrie

auf 36 Monate ist auch eine sozialpolitische Sofortantwort auf die Strukturprobleme im Stahlbereich. Das hilft den betroffenen Betrieben, Entlassungen zu vermeiden, schafft Luft für die Suche nach sozialverträglichen Lösungen und bringt Zeit, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

Unsere Mittel sind begrenzt. Deshalb kann Sozialpolitik nicht im Stil einer Konfettiparade betrieben werden. Das Geld soll dort ankommen, wo es tatsächlich gebraucht wird. Das erfordert Mittelkonzentration.

Auch die von uns vorgeschlagenen Verbesserungen kosten Geld. Ich sage ausdrücklich vor dem Hintergrund der aktuellen Konjunktur- und Finanzdiskussion und der Diskussion über die Finanzentwicklung der Bundesanstalt für Arbeit: Die von uns vorgesehenen Ausgaben sind auch bei vorsichtigen Annahmen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung solide finanzierbar.

Ein Ehren-Preis für Hannelore Kohl

Hannelore Kohl wird am 29. Juni in Washington für besondere Verdienste um die US-Streitkräfte in Deutschland geehrt. Sie erhält aus der Hand von Nancy Reagan den Preis der United Services Organisation (USO) meldete „Welt am Sonntag“ vom 14. Juni.

Die USO wurde 1941 gegründet und hat es sich zur Aufgabe gemacht, amerikanische Soldaten und deren Familien in den USA und im Ausland zu betreuen. Zu den bisherigen Preisträgern gehören Nancy Reagan und Barbara Bush, die Frau des US-Vizepräsidenten. Hannelore Kohl ist die erste Deutsche, die den Ehren-Preis erhält.

200 Millionen DM für den Wind

Für die Förderung der Windenergie hat die Bundesregierung seit 1974 insgesamt etwa 200 Millionen DM ausgegeben. In den nächsten Jahren werden dafür jeweils zwischen 20 und 30 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Das teilte das Bundesforschungsministerium jetzt in einem Zwischenbericht zur Windenergie mit. Bis Ende dieses Jahres werden mit dem Geld 136 kleine Windkraftanlagen zur Stromerzeugung mit insgesamt 4 Megawatt aufgestellt sein. Zusammen mit großen Konstruktionen wird sich die gesamte Windleistung in naher Zukunft auf 10 Megawatt zubewegen. Das reicht für etwa 10000 Haushalte.

Luft und Wasser machen an Grenzen nicht halt

In Bonn wurde am 10. Juni 1987 das mit der DDR ausgehandelte Abkommen über Zusammenarbeit im Umweltschutz paraphiert. Hierzu erklärte der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer, u. a.: Das jetzt paraphierte Vereinbarungswerk besteht aus dem Text, einem Arbeitsplan und ergänzenden Arbeitsprogrammen.

Der Vereinbarungstext enthält die Grundlagen, die Themenschwerpunkte und weitere Modalitäten der Zusammenarbeit sowie die übliche Berlin-Klausel. Im Vordergrund der künftigen Zusammenarbeit auf allen Gebieten des Umweltschutzes stehen dabei Technologien zur Verminderung und Messung von Luftschadstoffen, Maßnahmen zur Bekämpfung von Waldschäden sowie zur Vermeidung, Verwertung und schadlosen Beseitigung von Abfallstoffen, Belange des Naturschutzes und Technologien, Erfahrungen und Maßnahmen zur rationalen Nutzung und zum Schutz der Gewässer. Dazu werden Expertenberatungen, fachwissenschaftliche Veranstaltungen, Expertenaustausche sowie die Übermittlung von wissenschaftlichen und technischen Informationen einschließlich Forschungsergebnissen erfolgen.

Die Einzelheiten der Zusammenarbeit sind in dem ersten konkreten Arbeitsplan für die Zeit von 1987 bis 1989 und durch Arbeitsprogramme festgelegt. In diesen Arbeitsprogrammen sind auch bereits die Teilnehmer namentlich aufgeführt. Mit einbezogen ist in diesem Zusammenhang auch der Sachverständige von Berliner Experten.

Der erste Arbeitsplan sieht für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zum Beispiel vor,

im Bereich der Luftreinhaltung

- Maßnahmen und Technologien insbesondere zur Rückhaltung von Schwefeldioxid und Stickoxiden,
- Untersuchungen zu Umwandlungs- und Ausbreitungsprozessen von Luftschatdstoffen einschließlich Fragen des Austausches von Immissionsdaten bei extremen Luftbelastungen,
- Verfahren und Methoden der Aufstellung von Emissionskatastern und Luftreinhalteplänen;

im Bereich der Vermeidung, Verwertung und schadlosen Beseitigung von Abfallstoffen

- Untersuchungsmethoden und Technologien für die Beseitigung von Abfallstoffen und von Rückständen aus Pflanzenschutzmittel- und Pharmaproduktion sowie schwermetallhaltige Abfallstoffe;

auf dem Gebiet des Naturschutzes

- Neueinrichtung von Schutzgebieten,
- Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege von bedrohten Tier- und Pflanzenarten;

im Bereich des Gewässerschutzes

- Maßnahmen zur Entwicklung und Einführung von wassersparenden Technologien und zur Rückgewinnung von Wertstoffen aus dem Abwasser,
- Verfahren und Technologien zur Abwasserreinigung, vor allem zur Denitrifizierung und Phosphateliminierung von Abwassern,
- Fragen der Einleitung von Wasserschadstoffen in Gewässer.

In der paraphierten Vereinbarung sehe ich eine gute Ausgangsbasis für die dringend notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltschutz, erklärte Klaus Töpfer. Luft und Wasser machen bekanntlich an Grenzen nicht halt. Daher ist gerade mit Blick auf den vorsorgenden Umweltschutz, vor allem in der Luftreinhaltung, die Zusammenarbeit mit der DDR dringend erforderlich. So ist davon auszugehen, daß die Luftbelastung in den grenznahen Gebieten überwiegend auf Schadstofftransporte aus der DDR zurückzuführen ist. Zur Verbesserung dieser unbefriedigenden Situationen muß es gelingen, die besten technischen Lösungen auch beim Nachbarn einzusetzen.

Denn aufgrund einer konsequenten Umweltpolitik ist die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland besonders fortschrittlich in der Umsetzung von neuen Umweltschutztechnologien. Hier bestätigt sich, daß über eine solche Umweltpolitik technische Fortschritte zur Entlastung der Umwelt gefördert werden können. Gleichzeitig wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft durch diese umweltfreundlichen Produktionsverfahren deutlich gestärkt.

Der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen hat die Paraphierung des Umweltabkommens mit der DDR begrüßt. Auch Berlin knüpfte an dieses Abkommen große Hoffnungen auf eine erfolgreiche künftige Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes. Diepgen äußerte sich befriedigt darüber, daß die Einbeziehung Berlins in das Abkommen „sorgfältig verhandelt und zweifelsfrei vereinbart“ worden sei. So sei Berlin auch ganz konkret in den vorgesehenen Arbeitsplänen durch namentlich genannte Teilnehmer berücksichtigt.

Italienische Christdemokraten erfolgreich

Aus diesem Anlaß sandte der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Parteisekretär der Democrazia Cristiana, Ciriaco de Mita, das nachfolgende Telegramm:

Zum Erfolg der Democrazia Cristiana bei den Parlamentswahlen vom 14. und 15. Juni 1987 gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Diese Bestätigung der führenden Rolle der Democrazia Cristiana in der italienischen Politik ist zugleich ein Mandat für die bedeutenden Zukunftsaufgaben in der weiteren Gestaltung der Europäischen Union, die unsere Parteien in der Regierungsverantwortung gemeinsam bewältigen wollen.

Für die politischen Herausforderungen der kommenden Jahre wünsche ich Ihnen Glück und Gottes Segen.

Die Democrazia Cristiana, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges die bestimmende Regierungspartei Italiens ist, konnte bei den letzten Parlamentswahlen ihre Position behaupten. Mit leichten Gewinnen bleibt sie mit weitem Abstand vor der Kommunistischen Partei die stärkste politische Kraft des Landes.

Helmut Kohl in Frankreich beliebt

Nach einer von „Paris-Match“ veröffentlichten Repräsentativ-Umfrage haben 54 v. H. der Franzosen eine gute Meinung von Bundeskanzler Kohl (Reagan 47 v. H., Thatcher 37 v. H., Gorbatjow 36 v. H.). Die Bundesrepublik gilt 28 v. H. der Befragten als der beste Freund Frankreichs, gefolgt von Kanada (23 v. H.) und den USA (20 v. H.).

32. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung

Strukturreform Gesundheitswesen – Stopp der Sozialkostenlawine

Neuwahlen, die Auseinandersetzung um die Strukturreform im Gesundheitswesen und die geplante Steuerreform bestimmten den 32. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 12. und 13. Juni 1987 in Kiel. Sein Motto: Strukturreform Gesundheitswesen — Stopp der Sozialkostenlawine.

Um die Nachfolge des nach zehnjähriger Amtszeit nicht mehr kandidierenden Gerhard Zeitel bewarben sich zwei Kandidaten: Hansjürgen Doss, MdB, und Senator Elmar Pieroth. Der Berliner Senator für Wirtschaft und Arbeit, Elmar Pieroth, MdA, setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 267 Stimmen gegen Hansjürgen Doss (230 Stimmen) durch. Doss wurde als stellvertretender Vorsitzender wieder gewählt, ebenso wie Hansheinz Hauser (Krefeld), MdB, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling und für die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand (AGM) der CSU Richard Görteler, MdL. Neu als Stellvertreterin wurde die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel gewählt. Schatzmeister Göke Frerichs wurde in seinem Amt bestätigt. Gerhard Zeitel wurde auf Vorschlag Pieroths mit stehenden Ovationen durch die Delegierten zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Der neue MIT-Bundesvorsitzende Elmar Pieroth will vor allem ein besseres Klima für mehr Selbständigkeit schaffen. „Nur mehr Selbständige schaffen mehr Arbeitsplätze“, sagte er. In Berlin sei es gelungen, ein neues Gründerklima entstehen

zu lassen. Von den 35 000 Arbeitsplätzen, die es heute in Berlin mehr als vor vier Jahren gebe, seien 24 000 von Betrieben mit unter 50 Beschäftigten eingerichtet worden. Auch gebe es 3 000 Betriebe mehr. Dies hat Pieroth in Berlin mit erfolgreichen Maßnahmen wie z. B. Existenzgründungssparen und Meisterprämie eingeleitet. Deshalb will er für seine alte Idee der Selbstverantwortlichkeit und Selbständigkeit — auch bei den Arbeitnehmern — werben. Es gelte auch, dem Einfluß der FDP in der Wirtschaftspolitik des Bundes und der Länder entgegenzutreten. Die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU müsse der Entwicklung gegensteuern, daß viele „auf den Grafen blicken wie ein Kaninchen auf die Schlange“.

Der wachsende FDP-Einfluß in der Wirtschaftspolitik wurde mehrfach angegriffen. Gerhard Zeitel hatte daran erinnert, daß die Vereinigung in der Auseinandersetzung auch mit dem Koalitionspartner, der FDP, gefordert bleibe, „die in der Mittelstandspolitik viel redet, aber wenig mittelstandspolitisch bewirkt“. Hansheinz Hauser formulierte es so: „Wir dürfen keinesfalls zulassen, daß die FDP die Partei für den Wohlstands-Mittelständler wird, während die Union dem Notstands-Mittelständler politische Heimat bieten soll.“

Der fast einstimmig verabschiedete Leitantrag zur Strukturreform im Gesundheitswesen des Bundesvorstands, der federführend von Karl Becker (Frankfurt), MdB, erarbeitet worden war, spricht sich für eine Weiterentwicklung

der gesetzlichen Krankenversicherung aus, um Finanzierbarkeit und den medizinischen Fortschritt zur gesundheitlichen Versorgung für alle Bürger zu sichern und den im Gesundheitswesen Tätigen eine Zukunftsperspektive zu geben.

Leitmaximen sind dabei:

Mehr Prävention

Mehr Eigenverantwortung

Mehr Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durch Wettbewerb und Privatisierung

Stärkung des freiheitlichen Gesundheitswesens mit freier Arztwahl

Freiberuflichkeit der Gesundheitsberufe und Vielfalt der Träger

Die Schutzfunktion der Solidargemeinschaft soll gewiß erhalten bleiben. Gleichzeitig muß in der gesetzlichen Krankenversicherung mehr Markt mit mehr Wettbewerb zum Zuge kommen. Dadurch wird keinesfalls der Weg in eine „Zwei-Klassen-Medizin“ geebnet.

Die Vorschläge zur Kostensenkung setzen vor allem auf bessere Vorsorge und mehr Eigenverantwortung. Selbstbeteiligungsformen sollen echte Steuerungswirkung haben und sozial verträglich sein. Zur Lohnfortzahlung wird eine versicherungsrechtliche Lösung angestrebt, um die Lasten für den einzelnen mittelständischen Betrieb abzumildern. Im übrigen wäre schon viel gewonnen, wenn eine Rückbesinnung auf die Reichsversicherungsordnung erfolge, die klar Umfang und Aufgaben der gesundheitlichen Sicherung enthalte.

Bessere Vorsorge

Zum zweiten thematischen Schwerpunkt, der **Steuerreform**, sprach Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg**, der sich entschieden für die Durchsetzung der geplanten Steuerreform einsetzte und sich zugleich gegen die Kritik aus den eigenen

Reihen wehrte. Die Finanzierung der Drei-Stufen-Steuerreform bis 1990 mit einem Entlastungsvolumen von insgesamt 48 Milliarden DM müsse unter anderem auch durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen zu erreichen sein. Ein „vorübergehender Anstieg des Finanzierungsdefizits von jetzt gut zwei Prozent auf voraussichtlich knapp drei Prozent unseres Bruttosozialprodukts“ sei wegen der „nachhaltigen Rückführung der Steuerquote“ vertretbar.

Die Vereinigung, die in der Amtszeit Zeitels ihre Mitgliederzahl fast vervierfachen konnte auf nun rd. 40 000, ist bundesweit in 260 Kreis- und rd. 1 000 Stadt- und Ortsverbänden organisiert. Sie sieht sich bei der Mitgliederentwicklung weiter im Aufwind. Spatenreiter ist dabei das Land Niedersachsen mit seiner Landesvorsitzenden Birgit Breuel.

Mehr Eigenverantwortung

Für die zukünftige Arbeit gab **Gerhard Zeitel** der MIT mit auf den Weg:

„Wir sollten uns bewußt sein, daß wir die einzige große politisch organisierte Mittelstandsgruppierung in der Bundesrepublik sind. Wir haben es erreicht, anerkannt und geachtet zu werden, aber wir werden leider nicht genügend beachtet. Wir werden um so erfolgreicher auf unserem Weg voranschreiten können, je mehr wir dies mit Schwung und Optimismus im Bewußtsein auf die erwiesene Leistung beweisen. Wir dürfen nicht in erster Linie nörgeln und klagen. Schwierigkeiten und Probleme werden nicht dadurch gelöst, daß man sie mit Tristesse betrachtet und Klagelieder anstimmt, sondern in gelassener Ruhe angeht und einsatzbereit überwindet. Zu dieser freudig bejahenden Einsatzbereitschaft für unsere weitere Arbeit möchte ich Sie aufrufen!“

Vorfahrt für Vorsorge und Zahnerhaltung

Das Bundeskabinett hat die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte neue Gebührenordnung für Zahnärzte beschlossen. Sie bedarf nun noch der Zustimmung des Bundesrates, damit sie am 1. Januar 1988 in Kraft treten kann.

Das sind die wesentlichen Fakten der neuen Gebührenordnung:

1. Die Gebührenordnung für Zahnärzte gilt nur für die Behandlung von Privatpatienten. Etwa 90 Prozent der Arbeitnehmer sind in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert, und für diese werden die Gebühren zwischen den kassenärztlichen Vereinigungen und den gesetzlichen Krankenkassen ausgehandelt. In diesen Verträgen wurde bereits eine Aufwertung der Zahnerhaltung und eine Abwertung des Zahnersatzes vereinbart. Dieser gesundheitspolitischen Weichenstellung, die durch die Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgte, wird auch in der Gebührenordnung für die Privatliquidation gefolgt.

2. Sie trägt dem Fortschritt in der Zahnmedizin Rechnung. Die Gebührenordnung, die immerhin unverändert seit 22 Jahren gilt, wird an die neuen medizinischen Entwicklungen angepaßt. Viele Leistungen, die Zahnärzte aufgrund des medizinischen Fortschritts heute erbringen, sind im Gebührenverzeichnis aus dem Jahre 1965 noch gar nicht enthalten.

3. Die Gebührenordnung wird kostenneutral umgestellt. Den Zahnärzten steht nach der Novellierung im wesentlichen das gleiche Gebührenvolumen von rund 3 Milliarden DM aus Privatliquidation zur Verfügung wie bisher. Dabei werden die Zahnersatzleistungen abgesenkt zugunsten der Leistungen für Vorbeu-

gung und zahnerhaltende Behandlung. Wir wollen nicht länger Weltmeister im Zahnersatz sein, sondern Spatenreiter bei der Zahnerhaltung werden.

4. Ärzte und Zahnärzte sollen bei der Liquidation von Leistungen für die private Behandlung wieder gleich behandelt werden, nachdem die neue Gebührenordnung für Ärzte bereits seit 5 Jahren gilt.

Dazu erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: „Die Gebührenordnung ist seit 1984 mit umfassender und fundierter zahnärztlicher Beratung sorgfältig erarbeitet worden. Anregungen und Gegenorschläge wurden eingehend geprüft und — wenn sie fachlich begründet waren — aufgenommen. Streik gegen Patienten als Mittel der Interessenvertretung ist nicht akzeptabel. Zahnärzte, die sich daran beteiligen, tragen zum Verlust sozialstaatlicher Sitten bei. Mit der neuen Gebührenordnung korrigieren wir die gesundheitspolitisch falsche Weichenstellung einer zu hohen Bewertung von Zahnersatz. Wir geben Vorfahrt für Vorsorge und Zahnerhaltung — im Interesse der Patienten und der Zahnärzte.“ ■

Protesttelegramm

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat, auch in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Christlich-Demokratischen Internationale, an den Staatspräsidenten von Panama, Eric Arturo Delvalle, ein Protesttelegramm geschickt, in dem er sich tief beunruhigt über die derzeitige Lage in Panama äußert.

Weiter heißt es: Ich protestiere vor allem schärfstens gegen die unter massiver Gewaltanwendung vorgenommene Verhaftung des Vorsitzenden der christdemokratischen Partei, meines Freundes Ricardo Arias Calderon.

22. Deutscher Evangelischer Kirchentag in Frankfurt

Verhalten und nachdenklich

Mit einer überwiegend heiter-gelassenen Abschlußveranstaltung, an der auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundestagspräsident Philipp Jenninger teilnahmen, ging am Sonntag, dem 21. Juni 1987, der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag im Frankfurter Waldstadion zu Ende. Die theologisch gewichtige Kirchentagslösung „Seht, welch ein Mensch“ hat sich letztlich durchgesetzt gegen die Verabsolutierung einseitiger politischer Standpunkte. Einmal mehr hat der Kirchentag, der wieder über 120 000 Teilnehmer zählte, bewiesen, daß er ein Forum für den Austausch unterschiedlichster Meinungen im Interesse des Zusammenhalts im Protestantismus sein will.

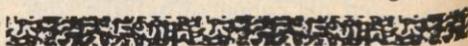
Nicht Mahnwachen vor Banken und Demonstrationszüge in die Innenstadt zogen die Massen an, sondern Gottesdienste und Bibelarbeiten. Vor der „Halle der Stille“, einem Ort für Besinnung und Meditation, warteten regelmäßig zahlreiche Kirchentagsteilnehmer geduldig auf Einlaß.

Unter dem Motto „Verantwortung für Mensch und Natur“ waren der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU und die Junge Union erneut gemeinsam mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Die Diskussion zeigte, daß gerade auch die jüngeren Kirchentagsbesucher offen und konstruktiv-kritisch über die uns alle bewegenden Probleme unserer Zeit, wie die Suche nach Frieden, die Verantwortung für die Schöpfung und die Wahrung der Menschenrechte, sprechen wollen.

Beim EAK hatten die Kirchentagsteilnehmer Gelegenheit, ihre Fragen an prominente Unionspolitiker zu richten. Zu den Gästen am Stand gehörten u. a. Bundesministerin Rita Süssmuth, der Parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt, der hessische Innenminister Gottfried Milde und sein Kabinettskollege Christean Wagner. Auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker schaute bei seinem Gang über das Kirchentagsgelände beim EAK-Stand vorbei.

Lebhaft und informativ war am Donnerstag, dem 18. Juni 1987, die Podiumsdiskussion im Marktbereichszelt mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer und dem EAK-Bundesvorsitzenden, Staatsminister Albrecht Martin. Die Zeit reichte nicht, um alle Fragesteller zu Wort kommen zu lassen. Erneut appellierte der Bundesumweltminister an die Verantwortung des einzelnen Bürgers und plädierte nachdrücklich für eine „Volksbewegung im Umweltschutz“.

Verliefen diese Gespräche in der Regel sachlich, so läßt sich im Hinblick auf die an politischen Themen orientierten Großveranstaltungen des Kirchentages eine fast bedenkliche Emotionalisierung der



Zitat

„Am Montag gab es zwei Demonstrationen: die der Stahlarbeiter und die der Zahnärzte. Bei den einen geht es um die berufliche Existenz, bei den anderen um die Sorgen von Spitzenverdienern. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß meine Sympathie auf Seiten der Stahlarbeiter liegt.“

(Norbert Blüm in einer Presseerklärung seines Ministeriums)

Aktuelles Massenverteilmittel zum attraktiven Preis: **Neues CDU extra**

Die beiden Hauptthemen der aktuellen politischen Diskussion stehen im Vordergrund der neuen, 4seitigen Zeitung:

Die Abrüstung

und die

große Steuerreform.

Damit liegt den CDU-Verbänden ein aktuelles Verteilmittel vor, das sich bei den vielfältigen Sommeraktionen vor Ort einsetzen läßt.

Dies attraktive,

vierfarbige

CDU extra hat auch einen

attraktiven Preis:

10 Pfennig/Exemplar!

Mindestabnahme: 250 Exemplare
Preis pro Mindestabnahme: 25,— DM
Bestell-Nr.: 2985

Informieren Sie die Bürger über die beiden wichtigsten Leistungen unserer Politik! Der Abbau von Raketen ist unser Erfolg. Von der großen Steuerreform werden alle Bürger etwas haben. Hierzu werden konkrete Beispiele gegeben.

Zuhörer wie der Teilnehmer auf den Podien feststellen.

Leider konnte auch diesmal nicht verhindert werden, daß einige wenige mit spektakulären Aktionen versuchten, mit ihnen nicht übereinstimmende Gruppen aus dem Kirchentagsgeschehen auszugrenzen, um dann anschließend durchaus nicht kirchentagsgemäß das Gespräch mit den „Bedrängten“ zu verweigern. Um so erfreulicher ist es, daß sich das Kirchentagspräsidium in diesem Fall als Garant der Meinungsvielfalt auf diesem größten protestantischen Laientreffen erwiesen hat.

Es bleibt zu hoffen, daß möglichst viele Kirchentagsbesucher etwas von dem in Frankfurt spürbaren Klima der Nachdenklichkeit in ihren Alltag, in ihre Familien, in Beruf und Gemeinde mitnehmen.

Bundespräsident fliegt im Juli nach Moskau

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird seinen Staatsbesuch in der Sowjetunion am 6. Juli beginnen. Wie das Bundespräsidialamt bekanntgab, wird sich von Weizsäcker vom 6. bis zum 11. Juli in der Sowjetunion aufhalten.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Liebe Autofahrer,
bitte Vorsicht!



Schule hat begonnen.



CDU-Plakat zum Schulanfang

Nach den großen Ferien beginnt für viele Kinder ein neuer Lebensabschnitt: die Schule. Damit die Abschützen einen sicheren Schulweg haben, appelliert unser neues Plakat an die Vorsicht der Autofahrer. Dieses Sympathie-Plakat in der Größe DIN A1 eignet sich vor allem zur Aufstellung an den Schulwegen und ihren Gefahrenpunkten.

Bestell-Nr.: 8984

Mindestabnahme: 50 Stück

Preis pro Mindestabnahme:

25,— DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

21/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** WVA-Druck, Düsseldorf.